

STADTGEMEINDE SCHEIBBS

Rathausplatz 1, 3270 Scheibbs



Herrn
Mathias Huter



Amtsstunden:

Montag und	08.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag	13.30 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 12.00 Uhr
	13.30 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 12.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 13.00 Uhr

Aktenzeichen Bearbeiter



E-Mail
wahlen@scheibbs.gv.at

Telefon
07482/42511

Datum
29. März 2018

Sehr geehrter Herr Huter!

Sie haben mit Schreiben vom 15. März 2018 gemäß § 2 NÖ Auskunftsgesetz einen Antrag auf Auskunftserteilung zu diversen Fragen gestellt.

Einleitend ist darauf hinzuweisen, dass in Ihrer Anfrage Begriffe verwendet werden, die in den Bestimmungen der NÖ Landtagswahlordnung 1992 (LWO) nicht vorkommen bzw. die auch keine Grundlage in anderen für die gegenständliche Sache entscheidungsrelevanten Gesetzen finden. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes versuchen wir dennoch, möglichst vollständig auf Ihre Fragen einzugehen.

Da sich Ihre Anfrage auf das Wählerverzeichnis und die damit verbundenen Berichtigungsanträge bezieht, wird bereits vorweg auf die hierfür maßgeblichen Bestimmungen der §§ 23 – 34 LWO verwiesen. Da diese Bestimmungen über das Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) frei zugänglich sind, wird von einer Wiedergabe dieser Bestimmungen in der Anfragebeantwortung abgesehen. Das Wählerverzeichnis zur NÖ Landtagswahl 2018 wurde unter Zugrundelegung des Stichtages von unserer Gemeinde ab 1. Dezember 2017 zur Einsicht aufgelegt. Bis zum 10. Dezember 2017 konnte jeder Staatsbürger gegen das Wählerverzeichnis einen Berichtigungsantrag einbringen. Die Entscheidung darüber oblag der Gemeindevahlbehörde. Dagegen konnte bei der Gemeinde eine Beschwerde eingebracht werden, über die das NÖ Landesverwaltungsgericht zu entscheiden hatte.

Ihren Hinweis auf die Pflicht zur raschen Erledigung möchten wir vollständigshalber insofern ergänzen, dass die betroffenen Organe des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der durch die Landesgesetzgebung zur regelnden Selbstverwaltung gemäß § 4 Abs. 2 NÖ Auskunftsgesetz angehalten sind, den Verwaltungsaufwand für die Erteilung der Auskunft möglichst gering zu halten. Es darf

Bankverbindungen:

Sparkasse Scheibbs AG AT112025700000000109
RB Mittleres Mostviertel AT143293900000501767
Volksbank NÖ AG AT884715046052000000

BIC SPSBAT21XXX
BIC RLNWATWW939
BIC VBOEATWWNOM
UID-Nr. ATU 16224805

Kontakt:

Fax 07482 / 42511 – 66 oder 67
stadtamt@scheibbs.gv.at
www.scheibbs.gv.at

hier auf die durchgängige Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes zu ähnlich gelagerten Auskunftsgesetzen der Länder und des Auskunftspflichtgesetzes des Bundes verwiesen werden, wonach die betroffenen Organe zu keinen umfangreichen Ausarbeitungen angehalten sind, sondern die Information vielmehr kurz und einfach zu erteilen ist (VwGH v. 28.2.2005, 2005/10/0008 u.a).

Zu den Fragen 1, 4, 5 und 6:

In unserer Gemeinde wurden keine Personen aus dem Wählerverzeichnis gestrichen. Es langten keine Berichtigungsanträge gemäß § 28 LWO ein.

Die Gemeinden sind bei der Auflage und Berichtigung des Wählerverzeichnisses an die Vorgaben der LWO gebunden. Eine Kontaktaufnahme mit im Wählerverzeichnis befindlichen Personen hat nach den Vorgaben des § 29 ff LWO zu erfolgen. Über einen Berichtigungsantrag hat nicht die Gemeinde, sondern die Gemeindewahlbehörde zu entscheiden, wobei die Entscheidung der Gemeindewahlbehörde dem Betroffenen mitzuteilen ist (§ 30 LWO). Die allfällige Beurteilung des ordentlichen Wohnsitzes erfolgte nach Maßgabe des § 24 LWO.

Bezüglich der Information der Betroffenen in Ihrer Frage 5 wird nochmals auf die Regelungen des §§ 29 und 30 LWO verwiesen. Danach ist jede zur Streichung beantragte Person über den Berichtigungsantrag und in weiterer Folge über die Entscheidung über den Berichtigungsantrag zu verständigen. Diese Vorgaben wurden und werden von der Gemeinde im Falle von Berichtigungsanträgen selbstverständlich eingehalten.

Zur Frage 2 und 3:

Die Frage der Wahlberechtigung ist für die NÖ Landtagswahl in § 21 LWO geregelt. Die NÖ Landtagswahlordnung 1992 (LWO) kennt den von Ihnen verwendeten Begriff des „Nebenwohnsitzes“ nicht, vielmehr haben sich die Gemeinden bei der Beurteilung der Wahlberechtigung im Zusammenhang mit den Eintragungen in das Wählerverzeichnis ausdrücklich und alleine am Begriff des ordentlichen Wohnsitzes im Sinne der §§ 21 und 24 LWO zu orientieren. Gemäß diesen Bestimmungen ist es nicht Aufgabe der Gemeinde bei der Auflage des Wählerverzeichnisses nach anderen Wohnsitzqualitäten zu differenzieren. Insofern ist im Wählerverzeichnis eine Differenzierung zwischen verschiedenen Wohnsitzqualitäten auch nicht ersichtlich. Das Wählerverzeichnis hat bei der Auflage lediglich die fortlaufende Zahl, Haus/Türnummer, Name und das Geburtsjahr zu beinhalten. Diesbezüglich wird auf die entsprechende Anlage 1 der LWO verwiesen. Die danach endgültig wahlberechtigten Personen jeder Gemeinde können für den gesamten Bereich von Niederösterreich auf der Homepage des Landes Niederösterreich zur Landtagswahl 2018 unter <http://www.noel.gv.at/wahlen/L20181/Index.html?area=g> abgerufen werden.

Mit freundlichem Gruß!

Die Bürgermeisterin

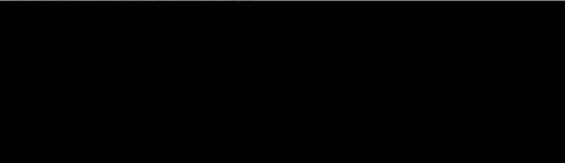
Christine Dünwald

STADTGEMEINDE SCHEIBBS

Rathausplatz 1, 3270 Scheibbs



Herrn
Mathias Huter



Aktenzeichen



Bearbeiter



Tel.: (07482) 42511 Fax:Dw: -66

scheibbs.gv.at

Datum:29.03.2018

Betrifft: Ihr Ansuchen gemäß §2 NÖ Auskunftsgesetz

G E B Ü H R E N B E S C H E I D

S p r u c h

Von Ihnen wurde ein Ansuchen zur Erteilung einer Auskunft gemäß §2 NÖ Auskunftsgesetz vorgelegt.

Dabei sind folgende Kosten entstanden, welche durch den Ansuchenden zu tragen und daher innerhalb von zwei Wochen ab Rechtskraft dieses Bescheides zu bezahlen sind:

€ 14,30.

Bankverbindungen: Sparkasse in Scheibbs IBAN: AT112025700000000109, BIC: SPSBAT21XXX,
Raiffeisenbank Mittleres Mostviertel IBAN: AT143293900000501767, BIC: RLNWATWW939,
Volksbank NÖ AG Scheibbs IBAN: AT884715046052000000, BIC: VBOEATWWNOM

Rechtsgrundlagen der Entscheidung:

§ 14 TP 6 Z1 Gebührengesetz 1957, i.d.g.F.

Begründung:

Eingaben von Privatpersonen (natürlichen und juristischen Personen) an Organe der Gebietskörperschaften in Angelegenheiten ihres öffentlich-rechtlichen Wirkungskreises, die die Privatinteressen der Einschreiter betreffen, ist eine feste Gebühr von 14,30 Euro zu entrichten.